

CHINA UND DIE ZYPERNKRISE

Oskar Weggel

Die Zypernkrise hat sogar einen vom Mittelmeer so weit entfernt liegenden Staat wie China gezwungen, seine Karten offen auf den Tisch zu legen: Dabei kam es nicht nur zur Wiederholung bereits bekannter Positionen, sondern zu einer Kurskorrektur der Haltung Pekings gegenüber Israel.

Aus der Sicht Pekings ist das östliche Mittelmeer das erste jener fünf Meere, durch das die Sowjets ihren "bogenförmigen Seeweg" von den Dardanellen bis Wladiwostok führen wollen — einen Seeweg, der von Marinebasen gesäumt und durch ein "kollektives Sicherheitssystem in Asien" à la Moskau abgesichert werden soll. Diesem großangelegten Projekt soll schon im Mittelmeer Einhalt geboten werden. China hat deshalb bereits seit Ende 1971 geopolitische Präzisionsarbeit geleistet, indem es sich systematisch der Türkei, Griechenland, Zypern, Malta und den Balkanstaaten angenähert hat. Im April 1971 nahm es mit der Türkei, im Dezember 1971 mit Zypern und im Juli 1972 mit Griechenland diplomatische Beziehungen auf. Im April 1972 erhielt Malta nach einem Besuch seines Ministerpräsidenten Dom Mintoff in Peking rd. 50 Mio. US\$ Entwicklungshilfe, damit es "auf eigenen Beinen" stehen könne und nicht auf die "Supermächte" angewiesen sei. Peking handelte sich das Versprechen ein, daß La Valetta nicht von der sowjetischen Flotte angelauert und dort auch keine sowjetische Botschaft errichtet werden darf. Überdies treten die Chinesen seit damals für die Ausdehnung der nationalen Küstengewässer auf 200 Seemeilen ein — eine Forderung, die beispielsweise das Mittelmeer gegen den Willen Moskaus zu einem Mare Nostro der Anliegerstaaten werden ließe und dort im allgemeinen auf lebhaftes Sympathien stößt. Damit nicht genug, unterzeichnete Peking am 23. Mai 1973 drei Abkommen mit dem damaligen griechischen Militärregime über Handel, Luftverkehr und Schifffahrt. Gleichzeitig wurde der damalige stellvertretende Ministerpräsident Makarezos "in einer freundschaftlichen Atmosphäre", wie es hieß, von Chou En-lai empfangen. Auch gegenüber der Türkei trieb Peking demonstrative "Volksdiplomatie", indem es sich beispielsweise im September 1973 mit großem Aufwand an der Messe in Izmir beteiligte.

Vom 17. - 22. Mai schließlich wurde Makarios mit allen Ehren in Peking empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand das Lieblingsthema der Chinesen, nämlich die zu bekämpfende "Rivalität zwischen den zwei Oberherren und die Bemühungen der Moskauer Sozialimperialisten um Basen im Mittelmeer".

Der Umsturz in Zypern brachte China in einige Verlegenheit, da es weder gegen Griechenland noch gegen die Türkei Stellung nehmen wollte. Nach längerem Schweigen

mußte der chinesische UNO-Vertreter jedoch Farbe bekennen. Er setzte sich, unter Verwendung einer typischen chinesischen Formulierung, am 20.7.1974 vor dem UNO-Sicherheitsrat dafür ein, daß die Zypernfrage einzig und allein von der Bevölkerung Zyperns selbst geregelt werden könne, ohne näher auf die Frage einzugehen, wie man nun gerade die beiden Bevölkerungsteile an einen Tisch bringen solle. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß den Supermächten keine Gelegenheit gegeben werden dürfe, im Trüben zu fischen. Wörtlich:

"Die Bevölkerung Zyperns hat eine glorreiche revolutionäre Tradition in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus. Sie hat einen langen patriotischen Kampf geführt, um die nationale Unabhängigkeit zu erringen.... In diesem Kampf spielte Erzbischof Makarios eine hervorragende Rolle, die wir sehr bewundern. Nach Erlangung der Unabhängigkeit hat Zypern unter der Führung von Makarios eine Politik der Blockfreiheit verfolgt, energisch den Imperialismus und Kolonialismus bekämpft und wertvolle Beiträge zur Unterstützung des gerechten Kampfes der Länder und Völker der Dritten Welt geleistet.

Die chinesische Regierung vertrat stets die Auffassung, daß die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Zyperns von allen Ländern respektiert werden sollten. Wir sind entschieden gegen Aggression und Subversion einer außenstehenden Macht gegen einen souveränen Staat. Die Frage Zyperns muß von der Bevölkerung Zyperns selbst geregelt werden. Gegenwärtig ist von besonderer Wichtigkeit, sorgsam darauf zu achten, daß die Supermächte nicht die Situation auf Zypern dazu benutzen, im Trüben zu fischen". (1)

Noch vor zwei Monaten hatte Erzbischof Makarios China besucht (2).

Ferner stimmte der chinesische Vertreter der Resolution vom 21.7.74 zu, derzufolge alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Seiten aufgefordert wurden, die Schießereien einzustellen. Nur gegen eine Bestimmung der Resolution hatte China Vorbehalte, nämlich gegen die Verstärkung der UN-Streitmacht auf Zypern:

"Zur Frage der Entsendung einer UN-Streitmacht hat die chinesische Regierung stets ihre eigene prinzipielle Position eingenommen. Diese ist allen wohlbekannt". (3)

Da China in allen Fällen davon ausgeht, daß die Probleme unter den unmittelbar Beteiligten selbst gelöst werden müssen, hält es die Entsendung einer UNO-Streitmacht für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Weitaus interessanter im vorliegenden Zusammenhang war die Nachricht, daß China angesichts der Zypernkrise unterderhand eine neue Israelpolitik zu entwickeln begonnen hat. Ministerpräsident Chou En-lai hatte nämlich der

israelischen Regierung kurz nach Ausbruch der Krise durch US-Senator Jackson eine mündliche Botschaft übersandt, die besagte, daß China an einer festen israelischen Haltung im Nahen Osten interessiert sei, durch die der sowjetischen Expansion in diesem Gebiet Einhalt geboten werde (4). Senator Jackson hatte Peking Mitte Juli besucht und war dort (in einem Pekinger Krankenhaus) auch mit Chou En-lai zusammengetroffen. (5). Pekings Politik gegenüber TelAviv vollzieht sich also auf

zwei Ebenen: Auf ideologischen Gebiet (Unterstützung der Palästinensischen Befreiungsbewegung) nimmt es gegen Israel Stellung; gleichzeitig ist es jedoch kraft seiner antisowjetischen Haltung gezwungen, Israel für seine eigene gegen Moskau gerichtete Politik zu gewinnen. Die Sowjetunion hat damit eine günstige Gelegenheit bekommen, den Arabern die Doppelbödigkeit der chinesischen Politik vor Augen zu halten (6).

- 1) NCNA, 20.7.74.
- 2) Siehe dazu C.a. 1974/5 Ü 12.
- 3) NCNA, 21.7.74.
- 4) MD Nah- und Mittelost, 29.7.74, S.9 und israel.Rundfunk vom 25.7.74.
- 5) Dazu Ü 29 in diesem Heft.
- 6) Hier die Version des TASS-Kommentators Anatolij Krassikow: 'Der israelische Rundfunk teilte der Welt mit, daß die israelische Regierung eine 'verbale Botschaft' von Chou En-lai erhalten habe. In der Botschaft, die der israelischen Regierung vom Führer der amerikanischen 'Falken', Senator Jackson, überbracht wurde, erklärte der Vorsitzende des Staatsrats der VR China, daß Peking 'an der Existenz eines starken Israel interessiert ist, das in der Lage ist, sich dem sowjetischen Expansionismus im Nahen Osten zu widersetzen'. Die ganze Welt weiß, daß die Spannungen im Nahen Osten durch die aggressiven Aktionen Israels verursacht wurden, das illegal Gebiete seiner arabischen Nachbarn unter seine Gewalt brachte und sich weiterhin der Schaffung eines dauerhaften und gerechten Friedens widersetzt. Dieser müsse auf der Rückgabe der besetzten Gebiete und der Respektierung der Rechte und Interessen aller Völker dieses Raumes basieren.
Chou En-lai zufolge wird die Politik der Expansion nicht von Israel betrieben sondern von der Sowjetunion, die in Wirklichkeit den Ländern des arabischen Ostens, den Opfern der israelischen Aggression, hilft. Nun gut, dies ist nicht das erste Mal, daß Peking die Tatsachen in dem Be-

streben verdreht, seine eigenen Aktionen zu rechtfertigen, die nichts gemein haben mit den Interessen des Friedens und der Sicherheit der Völker. Auf jeden Fall ist es nun ersichtlich, warum während des letzten Konflikts im Nahen Osten die Maoisten keine wirksame Solidarität mit den arabischen Ländern bekundeten. China erfüllte nicht sein Versprechen gegenüber den Arabern, zur Unterstützung ihres gerechten Standpunkts eine Regierungserklärung abzugeben. Darüber hinaus nahm Peking eine negative Haltung in der Frage des Einsatzes des Erdöls durch die arabischen Länder als ein Mittel des Kampfes zur Verteidigung der nationalen Interessen ein.

Die Weltöffentlichkeit beobachtet schon seit langem das Zusammengehen Pekings mit den kriegslüsternten Kreisen des Westens, die sich gegen die Minderung der internationalen Spannungen aussprechen. Nicht zufällig treten die Maoisten für die Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz der USA in Asien ein. Es ist auch kein Zufall, daß sich Peking für die umfassende Stärkung der NATO ausspricht, wie der gleichnamige Jackson auf einer Pressekonferenz nach seiner Rückkehr aus China berichtete. Laut UPI erklären die Maoisten den Besuchern, die sich aus den kapitalistischen Ländern einladen: 'Erzählen sie ihren Leuten, daß sie sich mehr und mehr gegen die Sowjetunion bewaffnen müssen'. Es hat jedoch den Anschein, daß die Maoisten dieses Mal zu weit gegangen sind, als sie in aller Offenheit auf Israel setzten. Ohne Zweifel werden die Völker, die gegen den Imperialismus den nationalen Befreiungskampf führen, Pekings erneuten Verrat durchschauen und ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen.'
(MD Nah- und Mittelost, 30.7.74 S. 6 f. und TASS, engl. 26.7.1974).